

Danziger Zeitung.

N^o 9000.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 Rth 50 S. — Auswärts 5 Rth — Inserate, pro Petit-Zeile 20 S., nehmen an: in Berlin: S. Albrecht, A. Kretzschmar u. K. Hoff; in Leipzig: Eugen Fort und S. Engler; in Hamburg: Hasenstein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Döbbe und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

1875.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Verailles, 2. März. Die Nationalversammlung wählte gestern die Quätoren Baze und Tappet wieder, ferner neu zu diesem Amte die Deputirten Martin und Salter, und vertagte darauf die Berathung des Cadresgesetzes, da der Commissionsbericht noch nicht vollendet ist. Sämmtliche Vicepräsidenten wurden wiedergewählt, ausgenommen Benoist Agh (Rechte), an dessen Stelle Ricard (Linke) gewählt wurde. Buffet tritt morgen ein; es ist ungewiß, ob er die Neubildung des Cabinets oder die Präsidentenschaft der Nationalversammlung übernehmen wird.

Rom, 2. März. Die Kammer nahm gestern den Gesetzentwurf an, wodurch die Veräußerung einiger Kriegsschiffe in Gemäßheit des Regierungsentwurfes genehmigt wird.

London, 2. März. Auf eine Anfrage Pim's konstatirte Adelerich in der gestrigen Sitzung des Unterhauses, daß die Anstellung von Ausländern als Capitän's-Offiziere auf Handelsschiffen zulässig und durch die bestehenden Gesetze über die Handelsmarine nicht untersagt sei, und bestatigt, daß kürzlich zwei Ausländer zu Reiseredactoren in der englischen Marine ernannt worden seien.

Lehrer-Nachrichten der Danziger Zeitung.

Tübingen, 1. März. Der Professor der Anatomie an der hiesigen Universität v. Luschka ist heute gestorben.

Bern, 1. März. Die von hiesigen Großen Rathe für das Berner Eisenbahngesetz beschlossene Staatssubvention von 16 Millionen ist bei der gestrigen Volksabstimmung mit 36,000 gegen 22,000 Stimmen genehmigt worden.

Verailles, 1. März. Bei der heutigen Wahl des Präsidiums der Nationalversammlung wurde Buffet mit 479 von 542 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten und Martel, der Herzog von Andijret-Basquier, de Kerdel und Ricard zu Vicepräsidenten gewählt.

Paris, 1. März. Die bonapartistischen Journale erklären sich für ermächtigt, die von mehreren Ministern gemeldete Nachricht, daß die Kaiserin Eugenie eine Anleihe von Millionen aufgenommen habe, für vollständig unbegründet zu erklären.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 1. März.

Erste Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Abtretung der Preussischen Bank an das Reich und die Errichtung von Zweiganstalten derselben in anseherpreussischen Theilen des Reiches.

Abg. Parisius wendet sich gegen die Motivirung der Nr. 6 des 1. Nach Nr. 6 bleibt „eine Auseinandersetzung zwischen Preußen und der Reichsbank wegen der Grundstücke der Preussischen Bank vorbehalten.“ In den Motiven ist nun wörtlich ausgesprochen: „Soweit nach der Auseinandersetzung, eine Entschädigung für den Uebertritt des jetzigen wirklichen Besitzes über den Buchwerth an Preußen zu zahlen ist, wird dieselbe nach Abzug des den Bank-Anteilseignern zustehenden Betrages seiner Zeit in den Einnahmen des Staats aus der Preussischen Bank für das laufende Jahr erzielbar.“ Hiernach scheint der Verfasser die Motive anzunehmen, daß die preussischen Bankanteilsbezügler für ihre Anteilsscheine befreit sind an demjenigen, was Preußen bei Abtretung der Grundstücke noch herausbekommt. Dies widerspricht den Bestimmungen der preussischen Bankordnung vom 5. October 1846 und den Erklärungen, welche Präsident Delbrück in der Bankcommissions des Reichstages und den Erklärungen, welche derselbe der Geh. Ober-Reg.-Rath Michalis abgegeben habe. Die Sache verbleibe eine Aufklärung, und es sei dann zu überlegen, ob man durch einen Zusatz zum Gesetz die Möglichkeit der Schädigung unserer Staatskasse abzuwehren solle.

Abg. Hammacher bittet die Vorlage auf dem raschesten Wege anzunehmen; das Haus steht vor einem raschen Werke und es steht nicht in seiner Macht ohne Schädigung wichtiger Interessen etwas daran zu ändern. Redner wünscht jedoch Auskunft darüber, 1) ob die preussischen Staatskassen auch ferner verpfändet werden, die Noten der Reichsbank anzunehmen; 2) ob die Bank auch als Reichsbank verpfändet ist, die Depositen der Gerichte, Kirchen, Schulen &c. anzunehmen; 3) ob die Verpflichtung der Preuss. Bank auf die Reichsbank übergehe in Betreff derjenigen Beamten der Preuss. Bank, welche nicht in den Dienst der Reichsbank treten wollen; zwingen könne man dieselben dazu nicht, da sie gegenwärtig preussische Staatsbeamten sind und die Reichsbank nur eine Privatgesellschaft ist.

Der Handelsminister erwidert dem Abg. Parisius, daß es kaum anzunehmen, daß sich für die Grundstücke ein höherer als der Buchwerth ergeben werde. Sollte dies jedoch der Fall sein, so würde es nur der Billigkeit entsprechen, daß das etwaige Plus den Bankanteilsbezügler als Dividende ausgeschüttet werde. Was die Fragen des Abg. Hammacher betrifft, so geht die Staatsregierung von der Voraussetzung aus, daß kein Recht der Reichsbank bestehe, die Annahme ihrer Noten bei den preussischen Kassen zu verlangen. Was die Depositen angeht, so glaubt die Regierung, daß eine rechtliche Verpflichtung der Reichsbank nicht besteht, daß indessen bei Gelegenheit der Auseinandersetzung zwischen Preußen und dem Reich interimistisch, wenn das Vormundschaftsgesetz nicht angenommen werden sollte, die nötigen Vorkehrungen getroffen werden müßten. Ob die Rechte und Verpflichtungen bezüglich der Beamten auf das Reich übergehen und wie weit ein Beamter das Recht hat, sich zu weigern, in den Reichsdienst überzutreten, wird nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu entscheiden sein.

Abg. Lipke: Die Frage, die der Abg. Parisius aufgeworfen hat, gehört eigentlich nicht hierher, sondern es ist die Privatangelegenheit der Preussischen Bank mit den Anteilseignern an, es handelt sich um Pri-

vatrechte, die zuletzt, wenn es nötig wäre, vor den Gerichten anzufechten sind. Was die Depositen betrifft, so hat mir die Erklärung des Ministers nur in dem einen Punkt nicht genügt, daß diese Depofitalgelder bisher vom Staate garantiert worden sind; wenn also inzwischen ein Abkommen mit der Reichsbank getroffen werden muß, so würde es jetzt schon zweckmäßig sein, daß die Staatsregierung sich darüber erkläre, ob bis zum definitiven Abkommen oder bis zur Emanation einer neuen Vormundschaftsordnung die Garantie des Staates beibehalten werden soll. Denn die Beteiligten müssen jetzt schon wissen, wie es sich am 1. Januar 1876 verhalten wird, damit sie über diese Gelder, die jetzt bei der Bank liegen, disponiren können. Diese Garantiefrage ist eine so wichtige, daß ich hierüber eine Erklärung von Seiten der Regierung für durchaus erforderlich halte. Uebrigens darf wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß künftig überhaupt nicht mehr den Depositalbehörden die Verpflichtung auferlegt werden wird, Depofitalgelder bei einer bestimmten Bank unterzubringen und ebenso eine Bank nicht mehr verpflichtet wird, einen immer stetig bleibenden Zinsfuß für diese Gelder zu zahlen, glaube aber, daß wir die Vollmacht, die wir dem Finanzminister ausgestellt, ohne Bedenken ausstellen können.

Abg. v. Kardorff schließt sich diesem Wunsche an und konstatirt zugleich, daß es allerdings die Ansicht der Commission gewesen sei, daß ein sich etwa ergebender Ueberfluß an Grundstücksvermögen nicht den Anteilseignern, sondern dem Preussischen Staat zu Gute kommen würde. Indessen sei es nicht zu empfehlen, deshalb in das Gesetz eine neue Clausele zu bringen, da die ganze Sache bereits ein fait accompli sei und deshalb würde sich auch eine Ueberweisung an eine Commission nicht empfehlen.

Abg. Miquel: Die beiden Vorredner haben den Wunsch ausgesprochen, der Preussische Staat möge der Reichsbank gegenüber die Garantie für die Depositen übernehmen; dazu würde ein Gesetz notwendig sein, wenn das Vormundschaftsgesetz nicht zu Stande kommt; im Verwaltungsverfahren könnte diese Angelegenheit nicht erledigt werden.

Die Verweisung an die Commission wird nicht beliebt; die zweite Lesung wird also im Plenum stattfinden.

Das Haus setzt nunmehr die zweite Berathung des Etats für Handel, Gewerbe und Bauwesen fort. Zu Kap. 9 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben (zum Bau von Straßen, Brücken, Dienstwohnungen) liegen zwei den Staatseisenbahnen Brückenbau betreffende Resolutionen vor: 1) des Abg. Berger: „die Regierung anzufordern, Staatseisenbahnbrücken über größere Ströme in einer auch zur Vertheilung des Fahrverkehrs und der Beförderung geeigneten Weise herzustellen.“ 2) des Abg. Hammacher: „1) die Regierung anzufordern, bei der Feststellung der Baupläne für Eisenbahnbrücken über Flüsse in dem Maße, daß ein den Verkehrsbedarf deckendes Bedürfnis vorhanden ist, dafür Sorge zu tragen, daß das Baunetz auch für den Fußgänger- und Fuhrwerksverkehr benützt werden kann.“ 2) gleichzeitig aber auszusprechen, daß durch vorstehenden Beschluß der Frage, ob und nach welchen Grundrissen die Eisenbahnunternehmer bezüglich der hierdurch für sie erwachsenden Mehrausgaben durch die Localinteressen oder den Staat zu entschädigen sind, nicht vorgegriffen werden soll.“

Abg. Berger: Man hat bei uns erst in den fünfziger Jahren angefangen, dem Bau von Chauffeen und anderen Verkehrsmitteln eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Während die Rheinbrücke bei Köln ein Musterbauwerk ist, zeigt die Brücke bei Dirschau, wie Brücken nicht gebaut werden sollen. Die Dirschauer Eisenbahnbrücke ist nur für ein Geleise eingerichtet, ein Umflanz, der bei der großen Steigerung des Verkehrs als ein großer Uebelstand erscheint. Der Fuhrwerksverkehr, der ebenfalls immer größere Ausdehnung gewinnt, leidet aber dadurch, daß, wie ich dem Verwaltungsbericht des Magistrats zu Dirschau entnehmen die Weichsel im Jahre 98 Tage lang für Fuhrwerk gesperrt ist. In Coblenz kommen ähnliche Störungen des Frachtfuhrverkehrs vor, da die Schiffbrücke daselbst wegen der vielen den Rhein auf und ab passierenden Schiffe häufig gesperrt werden muß. Diese Uebelstände müssen beseitigt werden und wenn der Staat für Eisenbahnbrücken so große Aufwendungen macht, so müßte er doch auch für den Fuhrwerksverkehr sorgen. Wenn diese rechtzeitig geschieht, ist auch der Kostenaufwand kein sehr erheblicher. Meines Erachtens müßte man die Eisenbahnbrücken in zwei Etagen erbauen, von denen die eine dem Eisenbahnverkehr, die andere dem Fuhrwerksverkehr zu dienen bestimmt ist. Solche Brücken hat man in Amerika über den Mississippi und den St. Lorenzo bei Montreal in Canada gebaut. Der Antrag des Abg. Hammacher enthält eine bedeutliche Clausele, indem er nur für den Fall, daß ein augenblickliches Bedürfnis vorliegt, die Anlage von Brücken verlangt, die auch den Bedürfnissen des Fuhrverkehrs gerecht werden. So hat man früher auch die Bahnhöfe nur dem augenblicklichen Bedürfnis angepaßt und sie daher sammtlich zu klein gebaut. Wenn wir daher künftig Eisenbahnbrücken bauen, müssen wir sie so einrichten, daß sie auch dem künftig vorhandenen Bedürfnis genügen.

Abg. Wagner (Pr. Stargardt) kann alles, was Hr. Berger in Bezug auf die Dirschauer Brücke sagte, bestätigen. Diese Brücke vermittelte den Verkehr über die Weichsel auf der Straße Berlin-Petersburg und den Localverkehr zwischen dem großen Marienburger Werder einerseits und der Stadt Dirschau und deren Umgebung, zu der auch der Danziger Werder gehört, andererseits. Schon vor etwa 25 Jahren, als die Brücke in Angriff genommen wurde, wurden Stimmen darüber laut, daß sie zu schnell errichtet werde, weil nach der beschlossenen Construction Eisenbahnzüge und Fuhrwerke sie nicht zu gleicher Zeit passieren können; aber die Bauverwaltung hatte damals nur ein vornehm ablenkendes Absehen auf den beschränkten Unterthanenverstand. Inzwischen ist der Local-Verkehr durch den Aufschwung der Stadt Dirschau und die auf dem rechten Weichselufer in der Nähe der Brücke errichtete große und gut verwaltete Aetenzandfabrik über alles Erwarten gestiegen. Diese Fabrik, die bereits 60,000 R. Steuer jährlich an den Staat zahlt, besteht einer großen Theil ihrer Röhren von den auf dem linken Ufer wohnenden Röhrenbauern der Dirschauer Höhe. Da aber über die Brücke täglich mindestens

25 bis 30 Eisenbahnzüge gehen und sie eine halbe Stunde vor der Ankunft jedes Zuges gesperrt werden muß, so ist sie mehr gesperrt als geöffnet, und die aus dieser Störung für den Verkehr resultirenden Nachteile sind sehr empfindlich. An eine Verbreiterung der Brücke ist kaum zu denken, und Hilfe nur durch Aufstellung einer Schiffbrücke für Fuhrwerke für die Zeit der Absperrung der Eisenbahnbrücke zu schaffen. Was die Staatsregierung zu thun gedenkt, ist bis jetzt nicht bekannt geworden, ja es ist nicht einmal, obgleich die eiserne Brücke im Tractat der Berlin-Königsberger Chaussee belegen ist, das Brückengeld erlassen worden, ungeachtet das Chausseegeld mit dem 1. Januar d. J. gefallen ist.

Ministerialdirector Weichaupt: Was zunächst den Fuhrwerksverkehr betrifft, so ist dieser Forderung bisher schon in der Regel genügt worden, und zwar um so leichter, weil die damit verknüpften Kosten nicht sehr bedeutend sind und die Fußstege seitwärts der Traggewände ansehnlich angebracht werden konnten. Für den Fuhrwerksverkehr ist bisher auch schon vielfach gesorgt worden, so in Tilsit, Marienburg, Dirschau, Thorn und Hanau. Die Erfahrung hat gelehrt, daß sich der Eisenbahnverkehr und Fuhrwerksverkehr dauernd auf derselben Fahrbahn nicht miteinander vertragen, wie dies Dirschau zeigt. Ob die Nothwendigkeit vorliegt, in Dirschau eine besondere Brücke herzustellen, entzieht sich der Voranschicht. Wesentlich besser gestaltet sich nur das Verhältnis, welches aus dem Abg. Berger als vortheilhaftig anerkannt wird, wenn bei Herstellung der Brücke durch eine angemessene Verbreiterung der Fahrbahn zwischen den Traggewänden die Möglichkeit einer gleichzeitigen Benutzung gegeben wird. So ist es bei der Thorer Brücke geschehen. Dort sind Geleise und Fuhrwege nebeneinander durch ein Gitter getrennt; dieses Verhältnis wird noch auf lange Jahre hin anstreben. Die Frage der Trennung wird dann zur Entscheidung gebracht werden müssen, wenn ein zweites Geleise herzustellen sein wird. Dann wird es richtiger sein, für den Eisenbahn- und Fuhrwerksverkehr besondere Fahrbahnen mit eigenen Trägern herzustellen. Die Möglichkeit einer Eisenbahnbrücke mit verstärkter Construction in einer zweiten Etage zu benutzen, wird selten vorkommen, wie bei Bern über die Aare und bei New-Castle über die Tyne in England. Wo sich eine Gelegenheit dazu finden sollte, wird sie gern benutzt werden. Im Allgemeinen wird es billiger sein, eine besondere Straßenbrücke anzulegen, als den Straßen- und Eisenbahnverkehr zu combiniren. Die Combination bringt auch Gefahr für den Verkehr, weil die Pferde leicht durch das Geräusch der Bahnhöfe scheu werden. Endlich ist der für den Eisenbahnübergang gewählte Ort nicht der beste, und zweckmäßig für den Straßenverkehr, so daß bei der Combination die Straßen oft mit vielen Kosten umgebaut werden müßten. Der Antrag Berger geht daher zu weit und der des Abg. Hammacher insofern noch weiter, als er nicht bloß von Staatseisenbahnen, sondern von Eisenbahnen im Allgemeinen und nicht von großen Strömen, sondern von Flüssen überhaupt spricht. Der Zweck, die Aufmerksamkeit der Regierung auf diesen Gegenstand zu lenken, wird und ist durch beide Anträge erreicht.

Abg. Hammacher empfiehlt seinen Antrag gegenüber dem Berger'schen, der in jedem Falle, auch wo ein Bedürfnis nicht vorliegt, die Eisenbahnbrücken für den Wagenverkehr errichten lassen wolle; daß sei Capitalverschwendung. Unter dem „Bedürfnis“ sei in einem Antrage auch nicht allein das augenblickliche, sondern das voraussichtlich künftige verstanden. — Abg. v. Benda beantragt, mit Rücksicht auf die seitens der Regierung abgegebenen Erklärungen über die Anträge der Abg. Berger und Hammacher zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Berger erläutert seinen Antrag dahin, daß er wünsche, es möchte im Gegentag zu der früheren Praxis als Regel angehängt werden, beim Bau von Eisenbahnbrücken zu gleicher Zeit den Fuhrwerksverkehr zu berücksichtigen. — Handelsminister: Die letzten Ausführungen des Herrn Vorredners veranlassen mich, auf die Frage einzugehen. Denn es als Regel aufzustellen, daß bei Anlage von Eisenbahnbrücken der übrige Verkehr zu berücksichtigen, ist absolut unrichtig, besonders zu einer Zeit, wo die Regierung in jeder Richtung Sparmaßregeln antrahen. Der Abgeordnete hat das Verdienst, die Frage hier angeregt zu haben, und er kann sich damit beruhigen. Es ist unmöglich, der Regierung eine solche Regel zu geben, es muß ihr die Unterlegung jeden concreten Falles überlassen bleiben. — Bei der Abstimmung über den Antrag v. Benda's auf Uebergehung zur Tagesordnung wird zum ersten Mal in dieser Session von dem neu eingeführten, aus dem Reichstage bestimmten Anzeigungs-Berfahren Gebrauch gemacht. Das Resultat ergiebt 134 Stimmen für, 138 gegen den v. Benda'schen Antrag. Hierauf beschließt das Haus die Ueberweisung der Anträge Berger und Hammacher an die Budgetcommission.

Im Tit. 50 sind 135,000 Rth als erste Rate zur Herstellung einer zweiten Auffahrt zum Monument auf dem Kreuzberge bei Berlin und zur Anlage eines Parks um denselben gefordert. Abg. Rickert empfiehlt Namens der Budgetcommission die Bewilligung der Ausgabe; es sei der Würde der Nation entsprechend, den Ort, an welchem sich ein Nationaldenkmal zur Erinnerung an die Zeit der Befreiungskriege befindet, in einen guten Zustand zu versetzen. — Abg. Duncker kommt bei dieser Gelegenheit wiederum auf den von ihm neulich so scharf getadelten Bebauungsplan für Berlin zurück und betont insbesondere den Umstand, daß die Gegend am Kreuzberge, dem einzigen hervorragenden Punkte Berlin's, sich in einem äußerst schlechten Zustande befindet. — Handelsminister Albenbach: Es ist mir angenehm, mich in Bezug auf das Monument auf dem Kreuzberge mit dem Vorredner in Uebereinstimmung zu befinden. Was aber seine neulichen Ausführungen betrifft, so handelte es sich bei denselben um die quartierweise Durchbrechung der ganzen Stadt Berlin. Damals präcisirte ich schon meinen Standpunkt dahin, daß die Abhilfe solcher Uebelstände Sache der Commune sei, daß namentlich auch die Grundeigentümer gebürt werden müßten; denn in früheren Jahren sind vielfache Beschwerden laut geworden, daß die Regierung, speziell das Polizeipräsidium, die Bestimmungen der Baupolizeiornung den Grundeigentümern gegenüber zu scharf gehandhabt habe. — Die Ausgabe wird hierauf bewilligt.

In Tit. 57 sind 240,000 Rth für den Neubau

eines Regierungsgebäudes in Schleswig gefordert. — Abg. Rickert beantragt Namens der Budgetcommission den Tit. 57 mit folgender veränderten Ueberschrift zu bewilligen: „Zum Neubau des Regierungs- und Oberpräsidialgebäudes in Schleswig.“ damit auf diese Weise entschieden werde, daß das Oberpräsidium nach Schleswig komme. — Dieser Antrag wird angenommen.

Die Ausgabe in Tit. 61: 300,000 Rth als erste Rate zum Neubau eines Regierungsgebäudes in Kassel wird auf den Vorschlag der Budgetcommission bewilligt. Die Ausgabe in Tit. 65 zum Anbau eines Grundstücks für ein neues Landrostegebäude in Danabridg beantragt die Budgetcommission mit der Maßgabe zu bewilligen, daß die hervorgehobenen Worte gestrichen werden. — Abg. Windthorst (Meppen) erklärt sich gegen diesen Antrag, weil Danabridg doch immer der Sitz eines Regierungspräsidiums sein und der Gedanke der Verlegung der Regierungspräsidenten wohl ein frommer Wunsch bleiben werde. — Das Haus tritt jedoch dem Antrage der Commission bei.

Die Ausgabe in Tit. 66: 120,000 Rth zur Herstellung einer Dienstwohnung für den Regierungspräsidenten und Erweiterung der Geschäftsräume für die Regierung in Danzig beantragt die Budgetcommission abzugeben. — Ref. Abg. Rickert: Die Regierung fordert hier 120,000 Rth zur Herstellung einer Dienstwohnung für den Regierungspräsidenten. Sechs Geschäftsräume werden für die Regierung dadurch disponibel, daß mehrere Bureaus des Hauptzollamtes, welche sich jetzt im Regierungsgebäude befinden, in das neu zu erbauende Hauptzollamt für welches die Mittel bereits bewilligt sind, verlegt werden. Die Majorität der Budgetcommission war der Ansicht, daß es zweckmäßig sei, das Resultat der Berathung der Provinzialordnung abzuwarten. Würde z. B. die Provinz Preußen getrennt, so würde der projectirte Bau in keiner Weise genügen; man könne dann das Erforderliche nachträglich beantragen. Die Minorität erklärte sich für Bewilligung, weil, wie auch in der Provinzialordnung entschieden werde, Danzig immer eine Regierung behalten würde. Die Majorität konnte sich jedoch nicht dazu entschließen, schon jetzt, wo die Frage der Organisation der Provinzialbehörden in Preußen zur Berathung stehe, eine Entscheidung zu treffen und empfiehlt daher für jetzt die Absetzung der geforderten Summe. — Geh. Rath Hofmann bittet, den Antrag der Commission abzulehnen und die Ausgabe zu bewilligen. Die vorhandenen Diensträume der Regierung in Danzig reichen in keiner Weise aus, was bereits bei der Etatsberathung im Jahre 1872 vom Hause anerkannt worden sei. Ueberdies benutze die Polizeiverwaltung gegenwärtig noch verschiedene Bureaus im Regierungsgebäude, weil das Hauptzollamt noch nicht fertig gestellt ist. Eine Stadt wie Danzig werde zudem stets der Sitz einer wichtigeren Verwaltungsbehörde bleiben müssen. — Abg. Hoene empfiehlt gleichfalls die Bewilligung der Ausgabe; eben so Abg. v. Benda, der in der Commission anderer Meinung gewesen ist. — Abg. Lipke: Der jetzige Regierungspräsident in Danzig habe eine sehr hübsche Wohnung, und er sehe das Bedürfnis zum Bau eines Dienstgebäudes für denselben nicht ein. Außerdem würden möglicherweise die Regierungsbezirke und die Regierungspräsidenten überhaupt befristet, und wenn die Provinz Preußen getheilt würde, so brauchte ja das Präsidium nicht gerade nach Danzig zu kommen, sondern vielleicht nach Marienwerder. In 50 Jahren habe sich für Danzig kein Bedürfnis für eine Dienstwohnung des Präsidenten gezeigt; man könne mit der Herstellung eines solchen also wohl bis zur Durchführung der Verwaltungsreform warten. — Abg. Wagner (Stargardt) wünscht die Bewilligung der Ausgabe. Wenn ein Fremder in das Regierungsgebäude zu Danzig komme, so müßte er sich mit einer Latrine versehen, so finster seien die Corridore und Bureaus. Redner wolle aber nicht behaupten, daß dieselbe Finsternis auch in den Regierungsacten herrsche. Das Verwaltungsgericht habe neben seinem Sitzungsaal nicht einmal ein Berathungszimmer. Miethwohnungen seien in Danzig überhaupt nicht viele vorhanden. Einen Regierungspräsidenten nehme man aber am wenigsten gern in sein Haus, da man den starken Andrang des Publikums fürchte. — Das Haus genehmigt hierauf den Antrag der Budgetcommission.

Zu Tit. 68 (zur Errichtung eines Gebäudes an Stelle der Werder'schen Mühlen für Zwecke der Bauakademie, zweite Rate 30,000 Rth) bemerkt Abgeord. Duncker, er wolle, da es sich bereits um eine zweite Rate handle, nicht den Antrag auf commissarische Prüfung des Projectes stellen, wenn er es auch bebauern muß, daß er einen Bauplan in der Commission nicht vorgefunden habe. Im Reichstage wenigstens würden die Pläne bei derartigen Gelegenheiten auf dem Tische des Hauses ausgelegt. Daß er nicht der „Hausmann“ sei, als den ihn der Handelsminister geschilbert, beweise er dadurch, daß er jetzt die Frage, ob es nicht am zweckmäßigsten und im Interesse der Schönheit der Stadt geboten sei, die ganze Schloßfreiheit niederzuliegen, nicht erörtern wolle. — Geheimrath Mac-Lean erörtert den Plan für den Bau des Akademiegebäudes. Die Frage der gänzlichen Niederlegung oder eines Umbaus der Schloßfreiheit wird seit Jahren ventilirt, daß aber die Regierung die Angelegenheit nicht allein in die Hand nehmen kann, bedarf keiner Ausführung. — Abg. Lehfeld: Der Handelsminister hat in einer seiner jüngsten Reden das Zusammenwirken von Staatsregierung und Stadtverwaltung zur Schöpfung eines schönen und gesunden Berlin's für erforderlich erklärt. Diese Position wäre gerade ein Punkt, wo ich ihm zurufen möchte: He! Rhodas! Es war Anfangs die Absicht, die Schloßfreiheit der Bau-Akademie und die technische Baudeputation in das Gebäude an den Werder'schen Mühlen zu verlegen. Jetzt aber beabsichtigt man nach den Motiven ganz etwas Anderes. Die Bau-Akademie soll an drei verschiedenen Punkten liegen: erstens in dem alten Schinkel'schen Gebäude, zweitens im Heralde an den Werder'schen Mühlen und drittens soll die technische Baudeputation in eine Erweiterung des Handelsministeriums heringebracht werden. Das zeigt, daß man an gar keinem einheitlichen Plan festhält. Erst wenn ein solcher einheitlicher Plan vorliegt, werde ich für eine Bauakademie die Mittel bewilligen. — Handelsminister: Die Bemerkungen des Vor-

bedenken beruhen auf durchaus mißverständlichen Voraussetzungen. Eine Abänderung des ursprünglichen Projectes hat nur in soweit stattgefunden, als die technische Baudeputation in das Handelsministerium verlegt werden soll. Dagegen war nie beabsichtigt worden, die Gebäude in ein anderes Gebäude zu verlegen. Die technische Baudeputation ist ferner keineswegs ein Glied der Akademie, sie steht dem Handelsministerium viel näher als dies, und der Redner hätte besser gethan, erst Informationen einzuziehen, ehe er die Regierung deswegen mit Vorwürfen überhäufte. — Die Position selbst wird beilligt.

Hg. Thomsen wünscht Auskunft über die Verwendung des verbliebenen Restes des Chaussee-Neubau-Fonds. — Referent Hg. Ricker bemerkt, daß der Rest aus dem Jahre 1875: 1,500,000 Mk betragen habe, von denen 809,000 Mk für 1875 zur Verwendung kämen, während über den übrigen Theil nach der Maßgabe des Dotationsgesetzes verdisponirt werden soll.

Unter Lit. 76 sind 450,000 Mk als erste Rate zum Neubau eines Gebäudes für die Gewerbe-Akademie in Berlin gefordert. Hg. Birchow beantragt, diesen Titel noch einmal an die Budgetcommission zurückzuverweisen und das Präsidium des Hauses zu ersuchen, in Gemeinschaft mit der Commission die Pläne der Erbauung der Gewerbe-Akademie und des Gewerbe-Museums zu prüfen. — Referent Hg. Ricker: Daß der Neubau der Gewerbe-Akademie ein dringendes Bedürfnis ist, geht aus der Budgetcommission vorgelegten Denkschrift ihres Directors aufs Evidenteste hervor. So sind in dem Saale für Maschinenzeichnungen nur 84 Plätze, während 200 Schüler sich dazu gemeldet haben. Die Regierung hat deshalb den Plan der ehemaligen Porzellan-Manufactur unter Auhilfenahme eines kleinen Theils des Herrenhausgartens für das neu zu errichtende Gebäude in Aussicht genommen. Es würde damit an die Ecke der Königgräber- und verlängerten Zimmerstraße gestellt werden. Allerdings war vorher beabsichtigt, auf dieser Stelle das Gewerbmuseum zu errichten, für das nun ein neuer Platz zu suchen wäre. Eine Erbauung beider Gebäude auf jener Stelle würde einen Raumverwand erforderlich, der die zukünftig beabsichtigte Verlegung des Abgeordnetenhauses auf den gegenwärtigen Platz des Reichstageshauses unmöglich machen würde. Von verschiedenen Seiten wurde in der Budgetcommission vorgeschlagen, die Gewerbeakademie auf dem fiskalischen Terrain an der Mühlstraße zu erbauen, wo zugleich billige Wohnungen für die Gewerbe-Akademiker zu haben wären.

Regierungsseitig wurde ein jedoch erwidert, daß jener Platz absolut unzureichend für ein monumentales Gebäude sei und auch für die Beheizung kein hinreichendes Licht bieten würde. Die Budgetcommission sprach sich deshalb für die Verlegung der Forderung aus. In diesem Stadium der Verhandlung erhielt sie ein Schreiben von dem Präsidium des Herrenhauses, welches erklärte, man sei im Begriffe, über einen Theil des Herrenhausgartens zu disponiren, ohne dieser Körperschaft überhaupt Kenntniz davon gegeben zu haben. Es liegt derselben vor Allem daran, die Verbindung mit der Königgräberstraße zu behalten. Der Vertreter der Regierung versicherte, die Unterlösung der Beheizung würde durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt. — Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt. — Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt.

— Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt. — Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt.

— Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt. — Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt.

— Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt. — Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt.

— Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt. — Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt.

— Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt. — Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt.

— Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt. — Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt.

— Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt. — Hg. Weber (Erurt): Diese Position beweist wieder, daß die Unterlösung der Beheizung durch einen bloßen Verleib, es werde sich kaum um den vierten Theil des Gartens handeln und werde die Verbindung mit der Königgräberstraße dadurch nicht beeinträchtigt.

Fall, daß die Bischöfe die Encyclica amtlich publiciren sollten, die sofortigen ernstlichsten Maßnahmen beschloßen wurden, und am Sonntag hat Fürst Bismarck über diese Beschloße dem Kaiser Vortrag gehalten.

Die französischen Blätter beschäftigen sich noch immer mit den Krisengerüchten. Das Blatt der französischen Diplomatie, „Memorial diplomatique“, will erfahren haben, daß in einem neu zu schaffenden Nobus des Kronprinzen eine besondere Rolle zugebacht sei. Derselbe soll die fortlaufende Verbindung zwischen dem Kaiser und dem Kanzler vermittelnd erleichtern und zu diesem Zweck einen großen Theil der bisher von dem Monarchen geführten Correspondenz mit dem Kanzler selbst übernehmen, um auf diese Weise die Abwesenheit des Letzteren für die Person des Kaisers weniger empfindlich zu machen.

Der Prozeß Ofenheim soll zunächst für Oesterreich zur Folge haben, daß nach den gemachten trüben Erfahrungen das Eisenbahnwesen sammt der Verwaltung der Straßen und Canäle vom Handelsministerium abgezweigt und ein besonderes Verkehrsministerium gebildet wird. Aus den Stimmen der österreichischen Presse über den Ausfall des Prozeßes kann man sich nur schwer ein Bild von der dortigen öffentlichen Meinung bilden. Einzelne Blätter meinen, der Prozeß habe doch eine reinigende Mission ausgeübt, der General-director Ofenheim sei freigesprochen, seine Theorien aber seien gerichtet. Das Leitblatt des Ritters von Ponteugin, die „Neue fr. Pr.“, preist die Geschworenen als Säulen des Rechtes und feiert ihren Retter als „geistig hochbegabten Unternehmer“, dem Oesterreich seiner Verdienste wegen eigentlich eine Bürgerkrone schuldig sei. Noch andere Stimmen appelliren von dem Verdikt der Geschworenen an das dem gütigen Dunstkreis Ofenheims entrückte österreichische Volk. Am besten wird man wohl die Stimmung der Mehrzahl in Oesterreich etwa dahin deuten können: „Ofenheim ist in Oesterreich kein Eigenname, sondern ein Begriffswort und es giebt der „Ofenheim's“ in allen Schichten der Bevölkerung so viele, daß sie mit ihren Verirrungen zusammen ein großes Stild der öffentlichen Meinung darstellen und höhnend den Vorwurf der Corruption mit der Bemerkung abfertigen können: „Nun gut; sind wir corrupt, so ist halb Oesterreich corrupt und muß wie Herr Ofenheim, Ritter von Ponteugin vor Gericht gestellt und — freigesprochen werden!“

Das neue ungarische Cabinet soll heute zum ersten Male vor das Unterhaus treten. Da der Präsident des Letzteren, Perczel, an die Spitze des Justizministeriums getreten ist, so soll Ohyecz ihn auf dem Präsidentenstuhle ersetzen.

In der französischen Nationalversammlung hat sich aus dem Theile der Rechten, welcher gegen die constitutionellen Gesetze gestimmt, aber nachträglich dem Präsidenten erklärt hat, daß er ihn auch ferner bei allen conservativen Maßnahmen unterstützen werde, eine neue Fraction gebildet. Der neue parlamentarische Verein nennt sich „Union Conservatrice“. Den Vorsitz darin hat der bereits etwas alterschwache General Changarnier übernommen. Es sind fast nur mittelwässrige Leute, die Säulen des Liberalismus stehen noch schmolend zur Seite. Die Majorität ist durch die neue Erklärung Mac Mahons, daß seine conservative Politik durch Nichts geändert werden würde, etwas kopscheu geworden, besonders da eine gleiche Erklärung den Präfecten zugegangen ist. Man befürchtet mit Recht, daß der Marschall die neue conservatieve Union für ihre Loyalitätsbekundung durch ein paar Ministerstühle belohnen wolle. Alle Fractionen der Majorität vom 25. Februar haben nun beschloßen, daß kein Minister unterstützt werden solle, der außerhalb jener neuen Mehrheit steht.

Spanien, die Heimath der höchsten Etikette, macht sich in jüngster Zeit durch allerlei Laftlosigkeiten bemerkbar. Die neuere deutsche Geschichte seit 1866 scheint dem Madrider Cabinet noch nicht bekannt zu sein, es beglaubigt den Gesandten in Wien wie früher zugleich an den süddeutschen Höfen. Die „Gustav“-Affaire, in welcher die neue Regierung Anfangs vortreffliche Versprechungen gab, wird jetzt von Woche zu Woche verschleppt, man bringt allerlei Ausflüchte vor, so z. B. der „Gustav“ wäre auch verloren gewesen, ohne daß die Augen der Carlisten das Auswerfen des dritten Anters verhindert hätten u. s. w. Jetzt hat das auswärtige Amt in Madrid sogar ein Rundschreiben an die Mächte gerichtet, in welchem auseinandergesetzt wird, daß dasselbe in der Sache sehr correct verfahren sei, und bis jetzt ist doch noch so wenig wie möglich erfolgt. Der spanische Gesandte in Paris, Graf Molins, hat bei seiner Antrittsaudienz Mac Mahon mit einer Rede begrüßt, welche in Paris nur große Heiterkeit hervorgerufen hat. Der Gesandte erinnerte darin an alle früheren spanischen Alfonso, welche mit Frankreich in irgend einer Beziehung gestanden; Alfonso VII. habe in seinem Heere auch Franzosen gehabt, der VI. habe seine beiden Töchter mit burgundischen Prinzen verheiratet u. s. w. Schön ist auch folgender Passus: „Die Vorsehung hat nicht ohne Absicht unsere beiden Völker im Westen Europa's placirt, in der Nähe zweier Meere wie zwei Ringe mit der Bestimmung die alte Welt der Tradition mit der neuen Welt der Freiheit zu vereinen.“

Zu alle dem kommt nun noch der übrigens nicht gefährliche Conflict Spaniens mit der Türkei, in dem ein neuer Zwischenfall zu verzeichnen ist. Das spanische Cabinet notificirte die Thronbesteigung Alfonso's auch der Regierung von Rumänien und zwar durch seinen Gesandten in Wien. Das ärgerte schon die jetzt sehr eiferfüchtige Pforte, und sie erklärte, nicht eher die Regierung Alfonso's anerkennen zu wollen, als sie nicht vorher genügende Erklärungen erhalten habe. Das Madrider Cabinet erklärte, jene Notification sei nur ein Act persönlicher Höflichkeit gewesen, aber inzwischen lassen die sehr geschmeichelten Rumänier die Sache anders auf. Fürst Karol will eine förmliche Gesandtschaft nach Madrid schicken mit der Antwort auf das Schreiben Alfonso's. Die Türkei geräth darüber außer sich und zeigt allen Unterzeichnern des Pariser Vertrages an, es werde sehr ernste Berwicklungen abgeben, wenn die Mächte nicht die Schandthat Rumäniens verhindern. Uebrigens wird die Sache, welche die Welt nicht aus ihren Augen heben wird, in diplomatischen Kreisen

keineswegs zu Gunsten der Pforte commentirt. Man erinnert daran, daß derartige Acte internationaler Höflichkeit zwischen den Donaufürstenthümern und anderen Mächten keineswegs zu den Seltenheiten gehören und bisher niemals zu Reclamationen seitens der Türkei geführt haben. Vor einiger Jahren, bei Gelegenheit der Geburt der Prinzessin Marie von Rumänien und auch bei deren Tod fand ein lebhafter Briefwechsel zwischen dem Fürsten Carl und den übrigen europäischen Souveränen statt, ebenso wie Ersterer auch bei anderen Anlässen, z. B. bei der Wahl des Herrn Thiere zum Präsidenten der französischen Republik, Glückwunschschreiben an fremde Staatsoberhäupter richtete und directe Antworten von diesen empfing. Eber solche Beispiele liegen auch in Serbien vor. An eine Verletzung der durch den Pariser Vertrag garantirten Souveränitätsrechte der Pforte ist diesmal unzweifelhaft ebenso wenig gedacht worden, wie in allen jenen früheren Fällen und bei einer etwas verständlicheren Stimmung in Konstantinopel bezüglich der Donaufürstenthümer würde man sicher Bedenken getragen haben, eine Haltung einzunehmen, in welcher gewissermaßen ein gegen die übrigen europäischen Souveräne gerichtetes Verbot liegt, mit dem Regenten der Donaufürstenthümer in irgend einen directen Verkehr zu treten.

Deutschland.
Berlin, 1. März. Der frühere Bezirkspräsident in Colmar, Freiherr v. d. Heydt, der lediglich in Folge eines wohl chronischen Magenleidens vom Amte zurückgetreten ist, hat sich hieher begeben, um weitere Heilung seiner Krankheit durch hiesige medizinische Autoritäten zu suchen. Ein Nachfolger für den erledigten Bezirkspräsidentenposten ist noch nicht ernannt. Gutem Vernehmen nach bezog sich die jüngste Anwesenheit des Oberpräsidenten v. Möller in Berlin zum Theil auch auf diese Angelegenheit und andererseits auf eine Vereinfachung der Verwaltungseinrichtungen in Elsaß-Lothringen, in der Richtung, wie dies im Reichstage als wünschenswerth bezeichnet worden ist. — Unter den Mitgliedern der permanenten Reichsjustizcommission finden jetzt Besprechungen über die Eventualität statt, für den Beginn der Arbeiten oder für längere Zeit auf die Mitwirkung des erkrankten Abg. Lasfer verzichten zu müssen und also vielleicht eine anderweite Reihfolge der Berathungsgegenstände eintreten zu lassen, so daß man nicht, wie es beabsichtigt war, mit der Strafprozeßordnung beginnen wollte, für deren Berathung Lasfer's Thätigkeit besonders in Anspruch genommen werden sollte.

Wie die „N. Z.“ versichern kann, ist das Befinden des Abg. Dr. Lasfer auch heute den Umständen entsprechend ein zufriedenstellendes. — Der hiesige Stadtrath hat sich für die Verlegung der hiesigen Gerichtsorganisation Verwendung findet, wird in nächster Zeit die Reise nach Rom antreten. Für die Stelle eines Generalprocurators-Gehilfen ist Professor v. Wilmski, der Sohn des Geh. Cabinetsraths des Königs, für die Civilangelegenheiten besichtigt.

Die vielfach angekündigte Verbrüderung der protestantischen Orthodoxen in Hannover mit den Ultramontanen und Welfen soll jetzt der „Magd. Zeitung“ zufolge, in einer gemeinsamen Organisation zu kirchlichen und politischen Zwecken ihren Ausgang finden. Clericale Abgeordnete geben zu verstehen, daß die protestantischen Gläubigen Hannover's sich in Zuschriften an die hervorragenden Mitglieder der Centrumsfraction im Abgeordnetenhause wenden und von ihnen die Entwertung eines gemeinsamen Programms für die Agitation zur Bekämpfung des erstarrten Heidenthums in Kirche und Staat verlangen.

Es befinden sich im Verkehr zahlreich 1/2 Thalerstücke kurfürstlich hessischen Gepräges aus den zwanziger Jahren, welche durch ihre Form — kleiner Durchmesser bei bedeutender Stärke — auffallen. Diese Stücke sind neuerdings durch Speculanten im Kleinverkehr vielfach zurückgewiesen resp. nur mit einem Abzug in Zahlung genommen worden. Ein solches Verfahren ist durchaus ungerathen. Die königlich-preussischen Kassen nehmen die hessischen 1/2 Thalerstücke jederzeit zum vollen Werthe, das ist 10 Silbergroschen oder 1 Mark an, und es ist daher Niemand berechtigt, diese Münzen im Privatverkehr geringer zu rechnen.

England.
London, 27. Febr. Die Königin ist nach Windsor übergedelt. — Der Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts wird am 7. April zur Verhandlung kommen. Bis zum 19. Februar waren nicht weniger als 160 mit 62,042 Unterschriften bedeckte Petitionen zu Gunsten des Antrages dem Hause vorgelegt worden. — Herr John Mitchell scheint hartnäckig bei der Candidatur für Tipperary verbleiben zu wollen, und vorläufig ist auch noch kein Gegenkandidat aufgestellt worden. Sein Gesundheitszustand ist sehr ungünstig. So konnte er eine von seinen Freunden mit großer Spannung erwartete Vorlesung in Gort nicht selbst halten. — Das Leichenbegängniß Sir Charles Dells, dessen Tod nach dem Urtheile der Todenschau-Jury durch einen Fall von der Treppe beschleunigt worden ist, findet heute in der Westminster-Abtei statt.

Frankreich.
Constantinopel, 26. Febr. Die Pforte ist zu dem Beschlusse gelangt, das Tabakmonopol aufzuheben, da dasselbe in der bestehenden Form unrentabel ist und sich ein anderer Modus, welcher durchführbar wäre, nicht hat finden lassen. Dasselbe soll durch eine entsprechende Steuer einen Ersatz finden.

Amerika.
Washington, 10. Febr. Eine merkwürdige Untersuchung wird gegenwärtig von einem Comité des Repräsentantenhauses des Bundescongresses wegen Bestechung von Beamten und Congreßmitgliedern geführt. Vor drei Jahren hatte nämlich eine amerikanische Dampfschiffahrts-Compagnie für den Transport von Postkisten zwischen San Francisco und China wie Japan jährliche Subsidien von 750,000 Doll. vom Congreß bewilligt erhalten. Die Presse mit ihren Argusaugen hatte jedoch bald das geheime Gerede von Corruption durchschaut und zur Oeffentlichkeit gebracht. Die gegenwärtig noch nicht abgeschlossene Untersuchung hat bereits das Ergebniß gehabt, daß ein Agent der obigen Dampfschiff-Compagnie, Namens Irwin, 900,000 Doll. zu dem Zweck ausgetheilt hat, um die Subsidien-Bill durch beide Häuser des Congresses zu bringen. Es sind aber bis jetzt nur zwei Congreßmitglieder, Namens Shoemaker, ein Demokrat von Newyork, und ein gewisser King, Republikaner von Minnecotta, entlarvt. Beide zogen den größten Theil des Corruptionsfonds, Shoemaker nämlich 350,000 Doll. und King 125,000 Doll. Ob diese beiden nun diese Gelder weiter vertheilt oder für sich behalten haben, dies ist noch ein Geheimniß. Von der Presse ist nur eine einzige Person, nämlich Forney von der Philadelphia-Press, compromittirt, indem derselbe 250,000 Doll. zur Unterstützung der Subsidienbill erhalten hat.

Telegramm der Danziger Zeitung.
Pest, 2. März. In der gestrigen Abend-coeferenz hat die Deputirte beschloßen, sich mit dem linken Centrum zu fusioniren, um eine auf Grund des Benkheim'schen Programmes gebildete Regierung zu unterstützen, sich aber bezüglich jeder einzelnen Frage das Recht der besonderen Beschlüßfassung vorzubehalten. Die Conferenz des linken Centrums erklärte, die künftige Regierung unbedingt unterstützen und sich nach der Parteilosigkeit mit der künftigen Regierungspartei völlig verschmelzen zu wollen.

Danzig, 2. März.
Heute Vormittag wurde die Leiche des Herrn Felix Behrend unter allgemeiner Theilnahme der Bevölkerung zum Grabe geleitet, und es gab der lange Trauerzug bereites Zeugniß von dem tief einschneidenden Verluste, den unsere Stadt durch den frühzeitigen Tod des Dahingeschiedenen erlitten hat. Charakter und Stellung vereinigten sich bei ihm zu jenem großen Mann, der er nahm Theil an der Leitung unserer Kaufmannschaft in Interessen und gab als letztes hiesiges Mitglied eines für den Danziger Handel einst bedeutenden Hauses durch sein weiterverwaltetes Geschäft in hiesiger Weise zahlreichen Arbeitern Beschäftigung und Verdienst. Er war denen, die ihm nahe standen, ein treuer, liebevoller Freund und auch in weiter'n Kreisen durch sein reges Mitgefühl zu schneller Hilfe stets thätig. So lebte und wirkte Felix Behrend als allgemein geliebter und geachteter Bürger unserer Stadt, und als hiesiger Grabe die Trauerlänge erschallen, nachklingen lassend des Verbleibenen Liebe und Verehrung für die Waise, als der Gesang erkundete: „Es ist bestimmt in Gottes Rath, daß man vom Lieben, was man hat, muß scheiden“, da stimmte manches Herz tiefbewegt mit ein und fühlte, daß das Andenken an den theuren Toten lange nachklingen und fortleben werde.

Die gestrige Sitzung des Bildungsvereins eröffnete die Viedertafel desselben mit einigen neu einfindirten und gut vorgetragenen Männer-Reden unter Leitung ihrer neuen Dirigenten Hrn. Fröhling, welcher freundlich begrüßt wurde. Demnach erklärte Herr Director Dr. Ohlert in längerem, durch Zeichnungen an der Wandtafel illustrierten Vortrage die wissenschaftliche Bedeutung des letzten Venusdurchganges. Redner schilderte die Erscheinungen des Venusmens, deren Wahrnehmungen an den verschiedenen von wissenschaftlichen Expeditionen aufgesuchten Punkten der Erde, die Ausrichtung dieser Expeditionen und die von denselben angewandten Methoden der Beobachtung und Messung der Sonnen-Entfernung. Herr Chemiker Rathle demonstirte hierauf eine neue Methode zur Vergrößerung von Spiegeln und schließlich wurde eine größere Anzahl von Fragen, meistens das Gebiet der Gesteinssunde betreffend, beantwortet. — Der Vorsitzende zeigte noch an, daß am Montag, den 15. März, der von dem hiesigen Provinzial-Verband für Verbreitung von Volksschulbildung zu Reisevortragern veranstaltete Dr. Otto Ule aus Halle im Bildungsverein über den vorgeschichtlichen Menschen einen Vortrag halten werde.

Liegenhof, 27. Febr. Die Eisprengung hat Vormittags des starren Frostes wegen sistirt werden müssen, weil in der Rinne sich Eis gebildet war, wurde aber, wie der „W. Z.“ geschrieben wird, Nachmittags wieder aufgenommen. Man ist bis zum

Schweiz.
Bern, 28. Febr. Die englische Regierung hat die Ermächtigung zur Ratification des Weltpostvertrags erteilt.

Frankreich.
Paris, 28. Febr. Die „Corr. Havas“ meldet: „Herr Ferdinand Duval, der Seine-Präfect, wird nächstens nach London abreisen, um dem Lord Mayor und den Sheriffs der City of London den Besuch zu erwidern, den dieselben gelegentlich der Einweihung der neuen Oper hier gemacht. Da der Präfect keine Allonge-Perücke und keinen rothen Mantel trägt, so wird er sich einfach in gesticktem Frack präsentiren. Um aber den Engländern ebenfalls etwas zu sehen geben zu können, wird Herr Duval von dem General-Secretär, mehreren Attache's, zwei Polizei-Commissariaten und zwei Friedensrichtern begleitet sein, die alle ihre offizielle Uniform tragen werden. Fünfzig Stadthausgarbisten zu Pferde und sechs Stabstrompeter werden die militärische Escorte bilden.“ — Aus Greuzot meldet die „Corr. Havas“: Gegenwärtig wird in den hiesigen Höfen ein Versuch mit Eisen erz gemacht, das aus den Bergwerken von Algerien kommt und aus welchen man einen Kanonenstahl machen machen will, „der alles übertrifft, was man in dieser Beziehung bisher gesehen.“

Spanien.
Madrid, 28. Febr. Das Journal „Española“ ist wegen Veröffentlichung eines Hirtenbriefes des Bischofs von Jaen, in welchem anscheinend nur die Intoleranz gegen Andersgläubige gepredigt wurde, in Wirklichkeit aber auch Angriffe auf die Autorität des Königs enthalten waren, suspendirt worden.

San Sebastian, 27. Febr. Das Schiff „Caroline“ hat es aufgegeben, das Rabel zu legen und ist nach Santander abgegangen.

Wie officiös versichert wird, hat Fürst Bismarck seine Gedanken an einen Rücktritt von den Staatsgeschäften um der päpstlichen Encyclica willen fallen lassen. Am Sonnabend präsidirte er einem Ministerrath, in welchem besonders für den

Wie officiös versichert wird, hat Fürst Bismarck seine Gedanken an einen Rücktritt von den Staatsgeschäften um der päpstlichen Encyclica willen fallen lassen. Am Sonnabend präsidirte er einem Ministerrath, in welchem besonders für den

Wie officiös versichert wird, hat Fürst Bismarck seine Gedanken an einen Rücktritt von den Staatsgeschäften um der päpstlichen Encyclica willen fallen lassen. Am Sonnabend präsidirte er einem Ministerrath, in welchem besonders für den

Wie officiös versichert wird, hat Fürst Bismarck seine Gedanken an einen Rücktritt von den Staatsgeschäften um der päpstlichen Encyclica willen fallen lassen. Am Sonnabend präsidirte er einem Ministerrath, in welchem besonders für den

Wie officiös versichert wird, hat Fürst Bismarck seine Gedanken an einen Rücktritt von den Staatsgeschäften um der päpstlichen Encyclica willen fallen lassen. Am Sonnabend präsidirte er einem Ministerrath, in welchem besonders für den

Wie officiös versichert wird, hat Fürst Bismarck seine Gedanken an einen Rücktritt von den Staatsgeschäften um der päpstlichen Encyclica willen fallen lassen. Am Sonnabend präsidirte er einem Ministerrath, in welchem besonders für den

Wie officiös versichert wird, hat Fürst Bismarck seine Gedanken an einen Rücktritt von den Staatsgeschäften um der päpstlichen Encyclica willen fallen lassen. Am Sonnabend präsidirte er einem Ministerrath, in welchem besonders für den

Wie officiös versichert wird, hat Fürst Bismarck seine Gedanken an einen Rücktritt von den Staatsgeschäften um der päpstlichen Encyclica willen fallen lassen. Am Sonnabend präsidirte er einem Ministerrath, in welchem besonders für den

Wie officiös versichert wird, hat Fürst Bismarck seine Gedanken an einen Rücktritt von den Staatsgeschäften um der päpstlichen Encyclica willen fallen lassen. Am Sonnabend präsidirte er einem Ministerrath, in welchem besonders für den

Wie officiös versichert wird, hat Fürst Bismarck seine Gedanken an einen Rücktritt von den Staatsgeschäften um der päpstlichen Encyclica willen fallen lassen. Am Sonnabend präsidirte er einem Ministerrath, in welchem besonders für den

Wie officiös versichert wird, hat Fürst Bismarck seine Gedanken an einen Rücktritt von den Staatsgeschäften um der päpstlichen Encyclica willen fallen lassen. Am Sonnabend präsidirte er einem Ministerrath, in welchem besonders für den

Durch die Geburt eines Knaben wurden erfreut

F. Rodewald und Frau. Gummerbach, 2. März. 1875.

Verspätet!

Die Verlobung unserer Tochter Auguste mit dem Königl. Waldwärter Hrn. Gustav Schwede aus der Oberförsterei Philippsee beehren wir uns hiermit statt besonderer Anzeige mitzutheilen. (1741)

Kuchwinkler, 19. Febr. 1875. Der Königl. Förster **Blenwald** nebst Frau.

Heute Morgen 4 Uhr entschlief sanft in seinem 83. Lebensjahre unser Vater, Groß- und Schwiegervater, der Hauptmann a. D. **Bellgardt**.

Dieses zeigen, statt besonderer Meldung, tief betrübt an

die Hinterbliebenen. Danzig, den 2. März. 1875. (1732)

Todes-Anzeige.

Mein geliebter Bruder, **Leberecht Laade**, Kaufm., Kammermusiker und Professor am Conservatorium zu St. Petersburg, ist daselbst nach längerem Leiden am 27. Febr. sanft entschlafen.

Danzig, 1. März. 1875. (1755) **Friedrich Laade.**

Bekanntmachung.

Nachdem in Folge der Aufhebung der Wahl- und Schlichtsteuer die königliche Steuer-Controle in Strobleich mit dem 1. Januar 1875 eingegangen ist und somit auch die bisher durch den betreffenden königlichen Steuerbeamten bis zum Schlusse des Jahres 1874 ausgeführte Controle über die erhobenen städtischen Stromgebühren aufgehört hat, wird fortan eine Revision der Erhebung der Stromgebühren in der Weise eintreten, daß die Quittungen gelegentlich durch den Steuer-Aufsicher Plogki und den Brückenmeister Alberti revidirt werden. Zu diesem Zwecke wird der Coupon an den Quittungen ganz fortgelassen und dagegen auf diesen Quittungen mit gesperrter Schrift aufgedruckt sein, daß dieselben — bei Vermeidung nochmaliger Zahlung — aufzubewahren und den Controlbeamten auf Erfordern vorzuzeigen sind. (1738)

Danzig, den 25. Februar 1875. **Der Magistrat.**



Schiffs-Auction.

Das im hiesigen Hafen liegende Barkschiff

„Victoria“

solll im Termin am 23. März c., Nachmittags 4 Uhr, im Contoir der Unterzeichneten, öffentlich meistbietend verkauft werden.

Das Schiff ist im Jahre 1858 in Sanderland gebaut, 1871 daselbst einer gründlichen Reparatur unterzogen und hat 1874 einen neuen Beschlag von Yellow-Metall erhalten. Dasselbe ist 133' lang, 27'6" breit, 18'6" tief, ist auf 442²/₁₀₀ Reg.-Tons oder 287 Normal-Tons vermesen und hat zuletzt in New-York ca. 3000 Quarters Weizen geladen. Classificirt ist dasselbe im Britischen Lloyd A. I. auf 7 Jahre von 1869 an. Nähere Auskunft ertheilen

Aug. Wolff & Co., Schiffs-Makler. Danzig, 1. März. 1875. (1744)

Bücher-Auction

Mittstädtischen Grab. No. 108. Freitag, den 5. März c., von 10 Uhr ab, werde ich aus dem Nachlasse des Herrn Nökel eine Bibliothek, bestehend aus ca. 3000 Bänden historischen, belletristischen u. s. w. Inhalts, Bücherstempel und 3 lange Tische meistbietend gegen baare Zahlung verkaufen, wozu höflich einlade. **H. Collet, Auctionator.**

Die Erneuerungslotse 3. Klasse 151. Königl. Lotterie, sind — unter Vorzeigung der bezüglichen Lotse 2. Klasse — bis zum zwölften März, Abends 6 Uhr, bei Verlust des Anrechts, einzulösen. **B. Kabus,** Königl. Lotterie-Einnehmer.

Loose zur 5. großen Mecklenburgischen Pferdeverlosung zu Neubrandenburg, à 3 Mark, sind zu haben bei **Müller & Co.,** Comtoir, Holzgasse 2. (1737)

Die elegantesten Winterräder liefern wir von jetzt ab für 1 Mark = 10 Sgr.

Muster liegen in unserem Comtoir zur Ansicht. **Müller & Co.,** Comtoir, Holzgasse 2. (1737)

Die erwartete Sendung feiner böhmischer Damm von 4 bis 9 M. erhielt so eben und empfiehlt **Otto Retzlaff.**

Wasserklar gereinigtes Del. Neben unserm Jagdreisfinten-, Munitions-, Waffen- und Nähmaschinen-Lager, halten Lager von vorzüglichen Delen für Näh- und andere feine Maschinen und Schiffe. Es wird von 1/2 Sgr an und Flaschenweise verkauft. **C. Hess & Sohn, Breite 93.**

Gütes Harlemes Del empfiehlt in Originalflaschen zu den bekannt billigsten Engros-Preisen **Albert Neumann,** Langenmarkt No. 3, vis-à-vis der Börse.

Licht-Landwirthinnen m. g. B. empf. das Gef.-W. Kohlenmarkt 30, Danzig.

Das Schuh- & Stiefel-Lager

von **L. H. Schneider** (1735)

empfehlen die elegantesten Fußbekleidungen in bekannt bester Qualität und größter Auswahl für Herren, Damen u. Kinder.

Sopeng. L. H. Schneider, Sopeng. 26.

Kidleder-Crème halte stets auf Lager.

Fourniere!

Mahagoni Pyramiden-, Mahagoni Messerschnitt-, Amerikanisch Nussbaum-Maser-, gefl. Nussbaumdo. Nussbaum-Messerschnittdo. Nussbaum-Pyramiden-Schlichte Satin-, Satin Moirée-Jakaranda- Fourniere sind zu den billigsten Preisen **Hundegasse No. 50** zu haben. (1681)

Nach Ansicht der berühmtesten Aerzte sind von allen neuerdings so vielseitig aufgetauchten Malz-Präparaten die **Schering'schen** am empfehlenswertheiten. Dieselben sind in nachstehend verzeichneten Compositionen zu haben in

Hermann Lietzau's Apotheke und Droguerie,

Holzmarkt No. 1: **Malz-Extract, rein, Malz-Extract mit Eisen, Malz-Extract mit Chinin, Malz-Extract mit Kalkphosphat, Malz-Extract mit Jod, Malz-Extract mit Jod-Eisen,** außerdem empfehle: **Malz-Extract mit Fenchelhonig, Eisen-Leberthran, Pepsin-Essenz (Verdaunungsflüssigkeit), Liebe-Liebig's Nährmittel, Henry Nestle's Kindermehl, Leguminos, Kraft-Suppenmehl, Rocaout des Arabes, Cacao-Präparate, Fleisch-Extract, Condensirte Milch, Feinst. medic. Ober-Ungarwein etc. etc.** Aufträge von außerhalb werden sofort effectuirt. Emballage franco. (1774)

Herings-Auction.

Dienstag, den 9. März 1875, Vormitt. 10 Uhr, Auction auf dem Hofe der Herren **F. Boehm & Co.** über

Norwegische Fetherringe diverser Marken und Tornbellies.

Mellien. Ehrlich. (1736)

Mittwoch, d. 3., und Donnerstag, d. 4. März, kommen in dem

Gr. Ausverkauf

des zur A. Bergschen Concurs-Masse gehörigen Waaren-Lagers **Portschalkengasse No. 8** zu gerichtlichen Taxpreisen

zum Verkauf: **Gardinen-Zeuge, Glacée- und Zwirn-Handschuhe, seidene und wollene Tücher und Shawlochen, leinene Tücher, Schürzen, wollene und Morgenhauben, Kragen, Stulpen, Vorhemden, Shlipse, Einsätze, Striche, Seiden- u. Sammet-Band, Federn, Blumen, Rippe, Taffet, Sammet u. Tarlatan, Brüsseler Net, Mull, Futtergaze, Gardinen-Net, Garnirte und ungarirte Damen-Winterhüte, Capotten.** (1754) Geöffnet von 9 bis 12 Uhr Vormittags und 2 bis 6 Uhr Nachmittags.

Zum Fährich- u. Freiwilligen-Examen bereitet vor **Prediger de Beer, Fischmarkt 25, 2 Tr.**

Reisekoffer empfiehlt zu herabgesetzten Preisen zum Ausverkauf **F. W. H. Stachowitz,** Vorstadt, Graben 8. (1747)

Zum Selonke'schen Maskenballe empfehle **Mänschkutten, Dominos und Gesichtsmasken**, so wie **Charakter-Anzüge, 7. D. Figaros, Griechen, Schotten, Gretchen-Costüm, Schornsteinfeger, Matrosen** u. s. w. nebst Billets zu den allerbilligsten Preisen. **Max Cohn.** (1659)

Masken - Costüms: **Dominos, Mänschkutten, Gesichtsmasken und Maskenbillets** empfiehlt **Herm. Volkmann,** (1770) **Macklauchgasse No. 8.**

Für Einguartierung! Eiserne zusammenlegbare Bettstellen jeder Art **Seegras-Matrasen, wollene Schlafdecken** empfehlen billigst **Oertell & Hundius,** 72. Langgasse. (1745)

Ungewaschene Wolle von ganzen Heerden karit zum höchsten Preise und bittet um Anstellung **M. Blumberg,** Danzig. (1748)

250 Wille Mauersteine hat gleich nach Eröffnung der Schiffsahrt, franco Danzig zu liefern, disponibel **Leop. Schwartz.** (1753)

Corsets

in jeder Façon, à Stück 6¹/₂, 7¹/₂, 10, 12¹/₂, 15, 17¹/₂, 20, 22¹/₂, 25, 30 Sgr. **Kiehl & Pitschel,** 71. Langgasse 71. (1771)

Strohüte

zum Waschen und Modernisiren befördert

Maria Wetzel. Neue Façons liegen zur Ansicht. (9897)

Verkauf angefangener und fertiger **Tapifferie-Arbeiten** aus Berlin.

Eine reiche Auswahl der geschmackvollsten Arbeiten, darunter Schlummerhissen, Kissen- und Jagdtaschen u. s. w. und kleine Phantasie-Gegenstände von 5 Sgr. an, erlaube ich mir einem geehrten Publikum hierdurch zu empfehlen. **C. L. Köhly, Wittve,** (1746) **Langgasse 71, 2. Etage.**

Ein Haus in gutem, baulichen Zustande, wird bei 2000 Thlr. Anzahlung zu kaufen gesucht. Abt. mit Preisangabe werden u. 1729 i. d. Exp. d. Bta. erbeten.

Meine, im Kirchhofe Seefeld, Nr. Carlhaus, 3¹/₂ Meilen von Danzig hart an der Chaussee belegene **Gast- u. Schankwirthschaft** mit 12 Morgen Land, welche wegen plötzl. eingetretener langwieriger Krankheit des Pächters zum 1. April pachtlos wird, bin ich willens zu verkaufen oder weiter zu verpachten. Reflectanten mögen sich um Auskunft an mich wenden. (1666) **Seefeld bei Sudau.**

Ein massiver Speicher, Etagen 9 Fuß hoch, äußerst günstige Lage, zum Ausbau von Wohn- oder Fabrik-Gebäuden geeignet, ist zu verkaufen. Näheres zu erfahren u. 1751 i. d. Exp. d. Bta.

Um Anschläge von zu verkaufenden Besitztungen jeder Größe bittet **E. L. Ittrich.** (1712) **Comtoir: Boggenpühl 78.**

Ein recht guter, mahagoni Euzwängel ist umständl. billig zu verkaufen. Näheres **Franzengasse 29.** (1757)

Ein noch brauchbarer Dampfkeffel von 24 Pferdekraft ist zu verkaufen. **Mühle Seiffenbeil.** (1763)

Hypothekencapital, mit und ohne Amortisation, selbst 2te Stelle unkündbar, hinter der Landschaft, in jeder Höhe zu begeben durch **E. L. Ittrich,** (1713) **Comtoir: Boggenpühl No. 78.**

8- bis 10,000 Thaler wert auf ein bei Danzig belegenes Grundstück im Werthe von 30,000 R. zur ersten Stelle gesucht und werden Offerten unter No. 1573 in der Exped. d. Bta. erbeten

Zur Vergrößerung eines hiesigen lucrativen **Waren-Geschäftes** wird ein junger Mann mit einigem Capital als Theilnehmer gesucht. Kaufmännische Kenntnisse nicht erforderlich. Adressen u. 1758 i. d. Exp. d. Bta. erbeten.

Zur selbstständigen Führung eines **Haushalts** sucht eine gebildete Dame, in allen Zweigen der Wirthschaft erfahren, hierüber die besten Zeugnisse aufzuweisen, ein Engagement zum 1. April. Abt. werden u. 1676 i. d. Exp. d. Bta. erbeten.

Zur sofortigen Besetzung einer zweiten Lehrstelle wird ein **Elementarlehrer** gesucht, dessen Einkommen in 144 Thaler baar, freier Wohnung und freiem Brennmaterial bestehen soll. Bewerber erfahren den Ort i. d. Exp. d. Bta. (1738)

Ein französische Lehrerin, die auch der englischen Sprache vollständig mächtig und musikalisch ist, sucht eine Stelle als Erzieherin, womöglich in der Stadt. Näheres **Gr. Gerbergasse 5, part.**

Conditor-Lehrling. Einen wohlgezogenen Knaben zur Erlernung der Conditorei sucht **Eduard Grenkenberg.**

Ein junger Mann, Materialist, wird mit guten Empfehlungen zum 1. April zu engagiren gesucht. Adressen mit Angabe jetziger Stellung u. 1756 i. d. Exp. d. Bta. abzugeben.

Ein umsichtsv., solider, ordentlicher und cautionsfähiger Mann sucht eine Stelle als **Aufsicher, Kassirer oder Schlichter.** Zu erfragen **Schw. Meer 32.** (1769)

Landwirthinnen, welche perfect die feinere Küche verstehen, werden für innere Wirthschaften bei hohem Gehalt gesucht durch **J. Hardegen, Jopengasse 57.**

Ein anständiges junges Mädchen wird für ein feines Geschäft nach auswärts gesucht. Persönliche Meld. Mittwoch und Donnerstag, Nachm. von 2-6 Uhr, **Bapsengasse No. 12, 2 Tr. b.** (1761)

Einem Lehrling für sein Colonialwaaren-Geschäft sucht **Carl Wallisch, Pfefferstadt 38.**

Eine gut gelegene Restauration, Billard und vollständiges Inventarium soll Verhältnisse halber verpachtet werden. Die Uebernahme erfordert 3-400 R. Adressen unter 1773 in der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

Ich suche von sofort für mei **Manufactur- und Möbelfournituren-Geschäft** einen **Commis** (tüchtigen Verkäufer) sowie einen **Lehrling** mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen. **Max Cohn,** (1765) **Danzig, 1. Damm 10.**

Ein geübter Friseur-Gehilfe findet bei gutem Salair Condition bei **Julius Sauer jun.,** (1776) **Coiffeur, Portschalkengasse.**

Eine Dame in gelitem Alter, die eine Reihe von Jahren als Erzieherin conditionirte und vorzugsweise das Stillleben liebt, wünscht eine einzelne alte Dame treu und sorgsam zu pflegen und ihr gleichzeitig Gesellschaft leisten zu dürfen. Gefällig Offerten unter 1775 bittet man in der Expedition d. Bta. niederlegen zu wollen. Für unter Materialwaaren-Geschäft suchen einen **Lehrling** per 1. April.

Gebr. Pruegel, vormals w. d. Voor Ww. Ein junges, anständiges Mädchen sucht unter bescheidenen Ansprüchen, zu ihrer weiteren Ausbildung, eine Stelle als Verkäuferin in irgend einem offenen Geschäft, mit Ausnahme eines Schankgeschäft. Näheres bei Hrn. Prediger Dr. Weinling, **Franzengasse, in den Vormittags-Stunden.** (1733)

Eine möblirte Wohnung mit allem Zubehör, Badebude, Kessel, ist zu vermieten auf dem Gute **Carlkau bei Joppot.** (725)

Das Ladenlokal Langenmarkt No. 21 ist zum 1. April c. zu vermieten. (7952) **Hundegasse 77** ist der Laden mit Wohnung, Vorrathskammer, K. Hof u. c. zu vermieten. (1459)

Jopengasse 32 sind zwei fein möbl. Zimmer, mit auch ohne **Bücher-Gesetz,** zu verm. Zu erfragen unten.

Armen-Unterstützungs-Verein. Mittwoch, den 3. März c., finden die Bezirkskassungen statt. **Der Vorstand.**

Generalversammlung der **Mollereigenossenschaft zu Mitlakten, Kreis Stuhm.** Eingetragene Genossenschaft, **Donnerstag, den 4. d. M.,** Nachmittags 3 Uhr.

Tagesordnung: 1. Genehmigung des Antrags von Grund und Boden. 2. Vorlage des Bauplans und Kostenanschlags. (Experten per Altmarkt, 1. März 1875.)

Der Vorstand. (1742) **C. Schade.**

Berein für kleinere Kunst-Arbeiten. Mittwoch, den 3. März c., präcise 8 Uhr, im Vereinslocale

Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Besprechung des Stiftungsfestes und Ergänzung des Etats pro 1874/75. 2. Vortrag über Geschichte der Lithographie. II. Theil.

Der Vorstand. (1730)

Kaufmännischer Verein. Donnerstag, den 4. März, Abends 8 Uhr, Besprechungen und Mittheilungen: präcise 9 Uhr: Vortrag des Hrn. Maler **Briefwits** über die schwarzen **Diamanten Englands.** Gäste haben Zutritt. **Sonnabend, den 6. März: Bier- u. Tanzfränzchen.** (1728)

Sängerbund. Die Uebungsstunden finden von jetzt ab jeden **Donnerstag** Abends 8 Uhr im **Uebungslocale** statt. (816)

(VI.) **Mittwoch, 3. März, im Gewerkehrsaale, zur Erhaltung der hiesigen 4 Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten:** Vorlesung des Herrn **Baumeister Otto: „Danzig und seine Bauwerke.“** Anfang: Sieben Uhr Abends. Eintrittspreis: 1 Mark. (1529)

Stadt-Theater. Mittwoch, 3. März, (Ab. susp.) **Vorlestes** **Gastspiel des Hrn. Bogner: Der Sonnwendhof.** Schauspiel in 5 Akten von Mosenthal.

Donnerstag, 4. März, (G. Abonnem. 9.) **Gastspiel des Hrn. Sedmann: Menzli.** (Ab. susp.) **Reiztes** **Gastspiel des Hrn. Bogner: Die Camellendame.** Schauspiel in 5 Acten von A. Damas.

NE. Die bereits angekündigte Vorstellung von **„Freud und Leid“** zum Benefiz für Frau **Müller** unterbleibt vorläufig wegen Unpäßlichkeit der Frau **Lang-Katzen.** **Sonnabend, den 6. März, keine Vorstellung.**

Selonke's Theater. Mittwoch, den 3. März: **Großer Maskenball** mit besonders großartiger Ausstattung und Vorführung lebender Bilder. Dem Geburtstags-Kinde **A. v. G.** ein donnerdes Hoch, daß die **Liesan** ihre Arbeits-Stube tracht. (1750)

Verantwortlicher Redacteur **S. Kabaner.** Druck und Verlag von **A. W. Kafemann** in Danzig.